

waren es nur 3 Mio. US\$ gewesen. Die offizielle chinesische Leugnung dieses Handels ist allem Anschein nach an die Adresse Nordkoreas gerichtet, das man auf diesem Weg offensichtlich um Verständnis bittet. Chinas Politik erweist sich in der Korea-Frage als höchst zwiespältig. Dies gilt nicht zuletzt auch im Hinblick auf sein objektives Interesse an einer Erhaltung des Status quo in Korea; denn kaum an einem anderen Punkt der Erde muß den Chinesen amerikanische Militärpräsenz willkommener sein als in Südkorea, das ja im Zugriffsbereich sowjetischer Fernostverbände liegt.

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(8) Zhao Ziyang fordert Umstrukturierung der alten Weltwirtschaftsordnung

Auf der vom 22. bis 23. Oktober in Cancun (Mexiko) stattgefundenen Nord-Süd-Gipfelkonferenz, an der 22 Länder teilnahmen, betonte der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang, daß es nur durch eine Umstrukturierung der alten Weltwirtschaftsordnung möglich sein werde, ein ungehindertes Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer zu gewährleisten. Dieses Wirtschaftswachstum werde die Nord-Süd-Beziehungen verbessern und zu einer Wiederbelebung der Weltwirtschaft führen (XNA, 23.10.81; vgl. für die chinesische Haltung zum Nord-Süd-Konflikt und zur neuen Weltwirtschaftsordnung die ausführliche Darstellung von Oskar Weggel, Nord-Süd-, Süd-Süd- und Ost-Süd-Beziehungen im Zeichen der Entwicklungshilfe-, Blockfreien- und Abrüstungsproblematik, C.a., August 1981, S.507-512).

Der chinesische Ministerpräsident sieht die Welt gegenwärtig mit zwei eng miteinander verbundenen Problemen konfrontiert: die Erhaltung des Friedens und die Förderung der Entwicklung. Auf der Konferenz merkte er an, daß das Auftreten einer großen Zahl von Entwicklungsländern die Weltlage nach dem 2. Weltkrieg fundamental verändert habe. Die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder sei immer noch vielfältigen äußeren Behinderungen unterworfen. In der Vergangenheit seien die Entwicklungsländer für lange Zeit imperialistischer und kolonialer Vorherrschaft unterworfen gewesen und ausgeplündert worden; auch heute noch wären sie durch ungerechte und ungleiche internationale Beziehungen behindert. Vor diesem historischen Hintergrund und unter den vorherrschenden Umständen teilten alle Entwicklungsländer die Forderung nach einer Reform der alten und der Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

Zhao Ziyang betonte, daß Spannungen in den Nord-Süd-Beziehungen kaum verhindert werden könnten, wenn die entwickelten Länder ihre auf Ungerechtigkeit und Ungleichheit beruhende Haltung gegenüber den Entwicklungsländern beibehalten würden. Die entwickelten Länder seien unklug, die

Reform der alten Weltwirtschaftsordnung unter dem Vorwand ihrer eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zurückzuweisen (XNA, 23.10.81).

Konkreter als Zhao Ziyang hatte Anfang Oktober Li Baohua, Präsident der Volksbank und Chinas Gouverneur beim Weltwährungsfonds, im Hinblick auf die Nord-Süd-Konferenz zur neuen Weltwirtschaftsordnung Stellung genommen. Die Wachstumsraten der Entwicklungsländer seien zurückgegangen und in einigen Fällen sogar negativ geworden. Die realen Austauschverhältnisse (terms of trade) hätten sich verschlechtert, die Zahlungsbilanzdefizite seien größer geworden, und die Belastung durch den Schuldendienst steige ständig. Die Lücke zwischen den Reichen und den "Habenichtsen" verbreitere sich. Der wirtschaftliche Niedergang in den Entwicklungsländern habe nicht nur für diese selbst gravierende Auswirkungen, auch der Prozeß der wirtschaftlichen Erholung in den Industrieländern werde tangiert. Eine Verbesserung der Lebensumstände in den Entwicklungsländern werde negativ beeinflusst, was zu sozialen und politischen Unruhen führen und Gelegenheiten für hegemonistische Expansionen schaffen könne (XNA, 1.10.81).

Auf der Konferenz in Cancun nannte der chinesische Ministerpräsident fünf Prinzipien für die Förderung der weltweiten Zusammenarbeit bei der Entwicklung:

(1) Den Entwicklungsländern soll aktive Unterstützung bei all ihren Bemühungen gegeben werden, ihre Volkswirtschaften zu entwickeln, wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erreichen und kollektive Eigenständigkeit zu praktizieren.

(2) Die bestehende Weltwirtschaftsordnung soll nach den Prinzipien der Gerechtigkeit, Vernünftigkeit, Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens umstrukturiert werden.

(3) Bei der Errichtung der neuen Weltwirtschaftsordnung soll die Lösung der dringenden Probleme der Entwicklungsländer einbezogen werden.

(4) Die Entwicklungsländer sollen berechtigt sein, Entwicklungsstrategien zu verfolgen, die ihren eigenen Bedingungen angepaßt sind. Die entwickelten Länder sollen nicht interne Reformen in den Entwicklungsländern als Voraussetzung für die Errichtung der neuen Weltwirtschaftsordnung fordern.

(5) Ernsthafte Nord-Süd-Verhandlungen geführt werden, die darauf gerichtet sind, den wirtschaftlichen Status der Entwicklungsländer im Interesse des Wachstums der Weltwirtschaft und der Erhaltung des Friedens zu fördern (XNA, 23.10.81).

Das Ergebnis der Konferenz liest sich aus chinesischer Sicht nach dem zusammenfassenden Bericht zweier Korrespondenten der Xinhua-Nachrichtagentur wie folgt: Einigkeit sei zwischen den an der Konferenz teilnehmenden Industrie- und Entwicklungsländern erreicht worden, weltweite Verhandlungen auf der Basis des gegenseitigen Einverständnisses und unter Bedingungen zu beginnen, die die Aussicht auf bedeutungsvollen Fortschritt eröffnen. Im Zuge der Vorbe-

ereitung der Verhandlungen gibt es Differenzen in bezug auf das Verhältnis von weltweiten Konferenzen und gewissen spezialisierten internationalen Institutionen. Die Entwicklungsländer haben sich dem Standpunkt der Industrieländer angepaßt, daß weltweite Verhandlungen im Prinzip nicht Kompetenzen und Funktionen der verschiedenen spezialisierten Organisationen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen gefährden dürfen. Alle Vereinbarungen sollen durch Konsultationen geschlossen werden. Die Konferenz von Cancun sei, so die Korrespondenten weiter, ein Schritt auf dem Wege zum Nord-Süd-Dialog, doch eine definitive Antwort auf die Frage nach Art und Weise der in Gang zu setzenden Vorbereitungen für die Verhandlungen sei nicht gegeben worden. Die Position der Vereinigten Staaten werde immer noch mit Sorge betrachtet; es sei jedoch zu hoffen, daß die Vereinigten Staaten die allgemeinen Interessen über alles andere setzen und keine weiteren Schwierigkeiten für den Dialog bereiten würden (XNA, 26.10.81).

-lou-

INNENPOLITIK

(9) 32. Jahrestag der Gründung der VRCh: "Situation besser als erwartet"

Auf einem Empfang am Vorabend des 32. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik China bezeichnete Ministerpräsident Zhao Ziyang die gegenwärtige Situation in China als "besser als erwartet". In diesem Jahr sei es gelungen, die Volkswirtschaft weiter zu sanieren, und man habe eine Reihe von "ziemlich komplizierten Problemen" gelöst. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft erwarte man trotz der vielen Naturkatastrophen dieses Jahres eine Getreideproduktion, die in etwa der des Jahres 1979 entsprechen werde. Ein großes Wachstum sei auf dem Gebiet der Leichtindustrie erzielt worden, und die Ziele der Schwerindustrie würden dementsprechend abgestimmt. Die Marktpreise seien im großen und ganzen stabil und es werde ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben im Staatshaushalt erreicht werden können. Deshalb sei die Situation im Lande "gut", obwohl man nach wie vor mit "vielen Schwierigkeiten" konfrontiert sei.

In seinem Leitartikel zum 32. Jahrestag der Gründung der VRCh forderte das Organ des ZK der KPCh, die "Volkszeitung", die Parteimitglieder auf, nun endlich energisch an die Arbeit zu gehen, um die anstehenden Aufgaben zu lösen. Leider gebe es immer noch "einige Genossen", die meinen, daß sich die Politik des Zentralkomitees erneut ändern könnte. Aufgrund dieser Fehleinschätzung nähmen diese Parteimitglieder nach wie vor eine abwartende Haltung ein. Diese Situation dürfe nicht weiter fortbestehen, zumal die politische Linie eindeutig festgelegt worden sei und sich auch nicht mehr ändern werde. Auch die "Volkszeitung" pries die wirtschaftlichen Erfolge des Jahres 1981, insbesondere auf dem landwirtschaftlichen

Sektor. Auch sei es gelungen, die Einheit zwischen Armee und Regierung und zwischen Armee und Volk weiter zu stärken - ein Hinweis auf z.T. überwundene politische Schwierigkeiten der nachmaoistischen Partei- und Staatsführung mit der in der maoistischen Tradition erzeugten Armee.

-sch-

(10) 70. Jahrestag der Xinhai-Revolution: Hu Yaobang benennt "3 große Aufgaben"

Anlässlich des 70. Jahrestages der Xinhai-Revolution (1911) fanden in allen Landesteilen Chinas Veranstaltungen hierzu statt. Die zentrale Gedenkfeier wurde am 9. Oktober 1981 in der Halle des Volkskongresses in Beijing abgehalten. An der Veranstaltung nahmen 10.000 Personen teil, darunter fast die gesamte Partei- und Staatsführung, Teilnehmer der Xinhai-Revolution und deren Angehörige, Mitarbeiter und Verwandte von Sun Yatsen sowie Überseechinesen und "ausländische Freunde". Im Mittelpunkt der Beijinger Gedenkfeier zum 70. Jahrestag der Revolution von 1911 stand eine Rede des Vorsitzenden des ZK der KPCh, Hu Yaobang. Weitere Reden hielten Qu Wu, stellvertretender Vorsitzender des ZK des Chinesischen Revolutionären Komitees der Guomindang, Hu Juewen, Vorsitzender des ZK der Chinesischen Demokratischen Nationalen Aufbauvereinigung, Lam Sun Lee, früherer Guomindang-General, der zu der Gedenkfeier aus den USA angereist war, und Miao Yuntai, Mitglied der Ständigen Ausschusses des NVK sowie des Ständigen Ausschusses des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes.

In seiner Rede benannte der KPCh-Vorsitzende Hu Yaobang "3 große Aufgaben", die in der nun angebrochenen "neuen Geschichtsperiode der sozialistischen Modernisierung" erfüllt werden müßten:

1. die Verwirklichung der "Vier Modernisierungen" von Landwirtschaft, Industrie, Landesverteidigung und Wissenschaft und Technik;
2. die Verteidigung des Weltfriedens und die Verhinderung eines Weltkrieges;
3. die Verwirklichung der Wiedervereinigung Chinas.

Zur Frage der Verteidigung des Weltfriedens und der Verhinderung eines Weltkrieges führte Hu Yaobang u.a. aus, daß "die Hauptsache für die Verschärfung der Unruhe in der internationalen Lage und für die Untergrabung des Weltfriedens" in der "Aggression und Expansion" von "großen und kleinen Hegemonisten" bestehe. Mit dieser Formulierung wies Hu Yaobang indirekt der Sowjetunion und Vietnam die Hauptschuld für die zunehmenden Spannungen in den internationalen Beziehungen zu. China sei nach wie vor der Ansicht, daß die Gefahr eines neuen Weltkrieges "sehr ernst" sei. Alle "friedliebenden Kräfte in der Welt", insbesondere die Länder der Dritten Welt, müßten gemeinsam und entschlossen gegen "Hegemonismus, Aggression und Expansion" kämpfen. China widersetze sich "prinzipienloser Nachsicht und Beschwichtigung angesichts von Aggressionsakten der großen und kleinen

Hegemonisten" (d.h. Sowjetunion und Vietnam; Anm. d. Verf.). China hoffe, "daß alle friedliebenden Länder und Völker der Welt den gemeinsamen Kampf gegen Hegemonismus und Aggression verstärken", denn dies sei "der einzig realistische Weg zur Erhaltung des Weltfriedens". China sei seinerseits fest entschlossen, "zur Verteidigung des Weltfriedens unseren gebührenden Beitrag zu leisten".

In seinen Ausführungen zur Wiedervereinigung Chinas bezeichnete Hu Yaobang die Teilung Chinas als ein Unglück für die chinesische Nation. Die Taiwan-Frage bzw. die chinesische Wiedervereinigung sei "ganz und gar eine innere Angelegenheit Chinas". Sie müsse von der Kommunistischen Partei Chinas und der Guomindang auf Taiwan gelöst werden. In der Geschichte hätten Guomindang und KPCh bereits zweimal zusammengearbeitet, was dem "Fortschritt" Chinas einen "starken Impuls" gegeben hätte. Warum also - so fragte Hu Yaobang - "sollten wir keine dritte Zusammenarbeit zwischen der Guomindang und der Kommunistischen Partei für den Aufbau eines einheitlichen Staates zustande bringen können?" Der 9-Punkte-Vorschlag Ye Jianyings vom Vorabend des diesjährigen Nationalfeiertags werde der taiwanesischen Seite voll gerecht. Die KPCh wolle die Vergangenheit vergessen und nicht alte Rechnungen begleichen: Die KPCh werde nicht mit denselben Methoden heimzahlen, mit denen die Guomindang die Kommunisten einst behandelt habe, und die Überspitzungen während der Kulturrevolution würden sich nie mehr wiederholen. An die Taiwaneser Führung gerichtet teilte Hu Yaobang mit, daß die Ahnengräber der Familie Chiang Kai-shek in Fenghua (Provinz Zhejiang) wieder instandgesetzt worden seien. "Herr Jiang Jingguo" könne die sterblichen Überreste seines Vaters Chiang Kai-shek dort begraben. Im Namen der Kommunistischen Partei Chinas lud Hu Yaobang den taiwanesischen Staatspräsidenten und weitere Guomindang-Führer zu einem Besuch auf dem Festland und ihrer Heimat ein. Hu Yaobang knüpfte an diese Einladung keinerlei Vorbedingungen, betonte jedoch, daß es gut wäre, wenn die andere Seite sich zu Gesprächen bereiterklärte - "aber sie werden ebenfalls herzlich willkommen heißen, wenn sie noch nicht bereit sind, mit uns zu sprechen."

Der stellvertretende Vorsitzende des ZK des Chinesischen Revolutionären Komitees der Guomindang, Qu Wu, wies in seiner Rede auf der Beijinger Veranstaltung u.a. darauf hin, daß es jetzt vor allem darum ginge, die Tür zu Verhandlungen zwischen der KPCh und der Guomindang auf Taiwan zu öffnen: "Beide Seiten sollten Personal entsenden, Kontakte aufnehmen und Ansichten austauschen, um auf diese Weise die Hindernisse aus dem Weg zu räumen und eine Grundlage für die dritte Zusammenarbeit zwischen der Guomindang und der Kommunistischen Partei zu legen." Hu Juewen, ZK-Vorsitzender der Chinesischen Demokratischen Nationalen Aufbauvereinigung, wies in seinen Ausführungen den Vorwurf zurück, daß es sich bei dem jüngsten Beijinger Wiedervereinigungsangebot an Taiwan um ein "Einheitsfront-Kom-

plott" handele.

-sch-

(11) Neuer 1. Parteisekretär in Xinjiang

Am 29. Oktober wurde Wang Enmao von Radio Urumqi als 1. KP-Sekretär der Autonomen Region genannt. Da diese Neubesetzung unmittelbar nach Deng Xiaopings Visite in der Nordwest-Region erfolgte (siehe C.a., September 1981, Ü 20), kommt ihr einige innenpolitische Bedeutung zu. Deng, begleitet von Wang Zhen als weiterem Politbüromitglied, wohnte u.a. einer Parteikonferenz bei, während der es im wesentlichen um Schwierigkeiten zwischen Chinesen und den Minderheitenangehörigen ging. Die Abberufung des bisherigen 1. KP-Sekretärs Wang Feng und die Berufung Wang Enmaos muß in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Obwohl Wang Feng Erfahrungen mit Minderheiten hatte - war er doch 1. KP-Sekretär in der Autonomen Region Ningxia (1958-1960) und in der auch von Minderheiten bevölkerten Provinz Gansu (1961 bis zur Kulturrevolution) gewesen - so muß er sich doch wohl auf seinem Posten in Xinjiang, den er seit Januar 1978 bekleidete, als Versager erwiesen haben. Daß er gleichwohl nicht in die Wüste geschickt werden wird, ist daraus zu ersehen, daß er einen Tag, nachdem die Ablösung bekannt wurde, während der Trauerfeier für den im Alter von nur 46 Jahren verstorbenen stellvertretenden Vorsitzenden der Volksregierung Xinjiang, Zhang Siming, nach Wang Enmao an zweiter Stelle genannt wurde. Auf ihn, der immerhin wie auch sein Nachfolger ZK-Mitglied ist, warten neue Aufgaben (ZK-Mitglieder sind nun einmal aus der normalen Gesellschaft so weit herausgehoben, daß für sie die Gesetze der Nomenklatura gelten, die eher von kumpelhaftem Verzeihen bestimmt werden).

Der neue Parteichef Wang Enmao hatte diesen Posten bereits von 1954 bis zur Kulturrevolution bekleidet, also die entscheidende Phase der Entwicklung Xinjiangs nach Gründung der VR China mitbestimmt. 1968 kritisiert, wurde er nicht ganz verworfen, sondern vom IX. Parteikongreß 1969 lediglich vom Mitglied zum Kandidaten des ZK herabgestuft. Danach tauchte er allerdings erst Jahre später wieder auf, nämlich auf einem untergeordneten Posten im Militärbezirk Nanjing. Erst nach Maos Tod und der Ausschaltung der "Vierbande" erfuhr er schließlich 1977 seine Rehabilitierung: Er wurde erneut zum Mitglied des ZK der KPCh gewählt und überdies als 1. KP-Sekretär in der Provinz Jilin eingesetzt, von wo er jetzt nach Xinjiang berufen wurde - offenbar als Kenner der dortigen Verhältnisse und Integrationsfigur zwischen den widerstreitenden Elementen der herrschenden Chinesen und der beherrschten Minderheitenvölker.

Die Umbesetzung in Xinjiang ist schließlich auch unter dem Gesichtspunkt der traditionellen militärischen Seilschaften zu sehen. Wang Feng, der jetzt entlassene 1. Parteisekretär, ist ohne militärische Vergangenheit während der Revolutionszeit. Demgegenüber begann die seines Nachfol-

gers Wang Enmao schon vor dem Langen Marsch und mündete schließlich in die 1.Feldarmee, die von Peng Dehuai geführt wurde. In dieser war Wang Enmao Politikkommissar, ebenso wie Xi Zhongxun (heute Mitglied des ZK der KPCh und dessen Sekretariats sowie stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses). In der 1.Feldarmee befehligte das heutige Politbüromitglied Wang Zhen das 1.Armeekorps und Yang Dezhi (heute Mitglied des ZK, Chef des Generalstabs der VBA und stellvertretender Verteidigungsminister) das 19.Armeekorps.

So ist der neue (alte) Posten Wang Enmaos in Xinjiang eingebettet in das Vertrauen von derzeitig in der Führungshierarchie über ihm stehenden Kadern, die sich ihm in militärischer Kameraderie verbunden wissen.

Allenthalben rührt die KPCh die Trommel für eine Verjüngung der Führung; in Xinjiang aber setzt sie den fast 70jährigen Wang Enmao ein. Kann die Alte Garde nur sich selbst vertrauen?

-ba-

(12) Parteiführung von Hebei übt Selbstkritik

Der 1.Parteisekretär der Provinz Hebei, Jin Ming, und weitere Mitglieder des Provinzparteikomitees haben auf einer Arbeitskonferenz der Parteioorganisation von Hebei vom 2. bis 9.September 1981 Selbstkritik wegen des nach wie vor in dieser Provinz bestehenden starken "linken", d.h. maoistischen, Einflusses geübt. Frühere Fehler seien unzureichend korrigiert worden, die neue politische Linie der Partei habe man kaum in die praktische Tat umgesetzt, die Führungsorgane seien nicht hinreichend gesäubert worden und man habe für die Geschlossenheit der Partei zuwenig getan (Radio Hebei, 22.9.81, nach SWB, 8.10.81, siehe auch C.a., September 1981, Ü 22) - die politischen Uhren in Hebei sind bisher offenbar ganz anders gelaufen als die in der chinesischen Hauptstadt, obwohl Beijing geographisch mitten in der Provinz Hebei liegt!

-sch-

(13) Volkskongreßtagungen auf Provinzebene

In der regierungsunmittelbaren Stadt Tianjin trat der IX.Volkskongreß vom 17. bis 22.Oktober 1981 zu seiner 2.Tagung zusammen (siehe Radio Tianjin, 21.10.81, nach SWB, 24.10.81; Radio Tianjin, 23.10.81, nach SWB, 29.10.81). Am 20.Oktober endete die 8.Tagung des III.Volkskongresses des Autonomen Gebiets Tibet (Radio Tibet, 21.10.81, nach SWB, 29.10.81). In der Provinz Qinghai trat der V.Volkskongreß am 27.Oktober zu seiner 4.Tagung zusammen (Radio Qinghai, 22.10.81, nach SWB, 29.10.81).

-sch-

(14) Keine politische Kampagne zur Kritik an der "bürgerlichen Liberalisierung"

Die wahrscheinlich dem ZK-Sekretariat nahestehende Zeitschrift "Banyue Tan" hat in ihrer Ausgabe vom

25.September 1981 Befürchtungen zurückgewiesen, daß die gegenwärtige Kritik an der "bürgerlichen Liberalisierung" zu einer politischen Kampagne ausarten werde (nach SWB, 17.10.81). Die Zeitschrift wies darauf hin, daß sich Deng Xiaoping bereits am 17.Juli 1981 in einem Gespräch mit führenden Mitarbeitern der ZK-Propagandaabteilung eindeutig gegen den "alten Weg, Kampagnen zu entfalten", ausgesprochen habe. Das Zentralkomitee der KPCh kritisiere bereits seit fast drei Jahren bürgerliche Liberalisierungstendenzen, doch sie habe hierzu nie eine politische Kampagne entfaltet und werde dies auch heute nicht tun. Die gegenwärtige Kritik an der "bürgerlichen Liberalisierung" wende sich weder gegen die "Hundert-Blumen"-Politik noch gegen die Kritik und Korrektur "linker" Fehler.

-sch-

(15) Dalai Lama bezichtigt China erneuter Unterdrückung der Tibeter

Die Kanzlei des Dalai Lama in Dharamsala hat die chinesische Regierung in einer Erklärung beschuldigt, die religiösen Aktivitäten der tibetischen Bevölkerung wieder eingeschränkt und das 1980 für Tibet verkündete Liberalisierungsprogramm revidiert zu haben. So würden - entgegen den Versprechungen des damaligen ZK-Generalsekretärs Hu Yaobang im Mai 1980 - jetzt wieder Steuern von den tibetischen Bauern und Nomaden erhoben. Erneut hätten es die chinesischen Autoritäten der tibetischen Bevölkerung verboten, Weihrauch bei religiösen Zeremonien zu verwenden und den Lamas Geschenke zu machen. Jedem Tibeter, der dieses Verbot mißachte, drohe Bestrafung. Die chinesische Führung Tibets habe erklärt, daß die Zukunft Tibets dem Sozialismus gehöre, und daß jene, die die "reaktionären religiösen Praktiken" der Vergangenheit wiederbelebten, schwer bestraft würden. Ein Beispiel für die erneute Unterdrückung der religiösen Freiheit der Tibeter durch die chinesischen Behörden seien die Vorgänge um die Klosterstadt Ganden (die während der Kulturrevolution völlig zerstört wurde). Die Chinesen würden den Wiederaufbau von Ganden behindern, und Tibeter, die freiwillig an den Renovierungsarbeiten teilnahmen, würden einem Verhör ausgesetzt, bestraft und der politischen Umerziehung unterzogen. Während des letzten tibetischen Thangka-Festes sei die tibetische Bevölkerung durch chinesisches Sicherheitspersonal daran gehindert worden, die Klosterstadt Ganden zu besuchen (nach The Japan Times, 23.10.81). In diesem Zusammenhang muß auf das hervorragende Tibet-Buch von Peter Hannes Lehmann und Jay Ullal hingewiesen werden, das unter dem Titel "Tibet - Das stille Drama auf dem Dach der Erde" soeben als GEO-Buch in Hamburg erschienen ist.

-sch-

WISSENSCHAFT AUSBILDUNG KUNST UND MEDIEN

(16) Konferenz über Revolution von 1911

Unter den zahlreichen Veranstaltungen

in der VR China anlässlich des 70.Jahrestages der Revolution von 1911, der sog. Xinhai-Revolution, die die mandschurische Qing-Dynastie stürzte, ragte eine wissenschaftliche Tagung über die Revolution heraus, die vom 12. bis 15.Oktober in Wuhan, dem Schauplatz der Revolution, stattfand. Veranstalter waren die Chinesische Historische Gesellschaft und die Vereinigung für Philosophie und Sozialwissenschaften der Provinz Hubei. Die Konferenz zählte an Teilnehmern über 200 Historiker aus allen Teilen Chinas sowie gut 40 Spezialisten aus Hong Kong, Australien, Canada, der Demokratischen Volksrepublik Korea, Indien, Frankreich, Japan, Rumänien, Thailand, England und den USA. Der Generalsekretär des Vorbereitungskomitees für die Erinnerungsfestlichkeiten des Jahrestages der Revolution von 1911, Qu Wu, betonte in seiner Begrüßungsansprache, das Studium der Geschichte der Xinhai-Revolution könne dazu beitragen, daß insbesondere die jüngere Generation die Zwangsläufigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung Chinas verstehe, daß das ganze Volk weiter zum Aufbau des sozialistischen Vaterlandes angespornt würde, daß die patriotische Einheitsfront sowie die Einheit des chinesischen Volkes weiter gestärkt würden und daß die Rückkehr Taiwans ins Vaterland gefördert würde. Der Historiker Liu Danian, Hauptorganisator der Konferenz, bedauerte in seinem Eröffnungsvortrag die Abwesenheit von Wissenschaftlern aus Taiwan, die trotz Einladung nicht erschienen seien. Den Hauptzweck der Tagung sah Liu zum einen darin, die Ereignisse von 1911 objektiv zu bewerten, denn nur wenn man die Vergangenheit richtig bewerte, könne man auch die Gegenwart richtig bewerten; zum anderen darin, die Herkunft des Sozialismus in China zu klären, der ja nicht ohne Grund entstanden sei und in China aus den historischen Besonderheiten der demokratischen Revolution (als solche wird die Revolution von 1911 bezeichnet) zu erklären sei. Zu der Tagung waren über 100 Referate eingereicht worden, von denen gut 30 von chinesischen Wissenschaftlern und 16 von ausländischen Fachleuten vorgetragen wurden. Mit den ausländischen Wissenschaftlern, die teils unterschiedliche Auffassungen vertraten, kam es zu lebhaften Sachdiskussionen und Informationsaustausch (XNA, 13. und 16.10.81; GMRB, 13. und 16.10.81).

Qu Wu ging in seiner Rede auch auf den Stand der Forschung ein. Seit 1949 habe die historische Forschung über die Xinhai-Revolution große Erfolge erzielt, insbesondere seit 1976 habe es große Fortschritte gegeben. Kürzlich seien der erste Band der "Gesammelten Werke Sun Yatsens" und die gesammelten Werke von Huang Xing und Song Jiaoren erschienen, Werkausgaben von Zhang Binglin und Cai Yuanpei seien in Arbeit. Gleichzeitig seien eine dreibändige "Geschichte der Xinhai-Revolution", der erste Band einer "Geschichte der chinesischen Republik" sowie der erste Band eines "Abrisses der Geschichte der Xinhai-Revolution" erschienen. Um die historische Forschung auf dem Gebiet der neueren Geschichte weiter zu fördern, stellte Qu Wu drei Forde-

Fortsetzung nächste Seite, Spalte 3